

Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz
Regionalgruppe Zug (AVES Zug)
Postfach
6317 Oberwil/ZG



www.AVES.ch - praesident@aves.ch

Generalsekretariat Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie, Kommunikation (UVEK)
3000 Bern
gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch

Zug, 31. Januar 2025

Vernehmlassung 2024/89 zur Änderung des Kernenergiegesetzes KEG Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)“

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir an oben erwähnter Vernehmlassung teil. Die mitgliederstarke Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz, Regionalgruppe Zug (AVES Zug) befasst sich seit über 40 Jahren mit energiepolitischen Themen mit Schwergewicht auf der Sicherheit der Stromversorgung. Anlässlich unseres 40-Jahr-Jubiläums im März 2024 durften wir Herrn Bundesrat Röstli unsere Bedenken zur kritischen Lage unserer Stromversorgungssicherheit näher bringen. An diesem Anlass mit 250 Besuchern in Zug nahmen drei Zuger Regierungsräte, die Exekutive der Stadt Zug, ETH-Präsident Prof. Dr. Joël Mesot, Wirtschaftsvertreter sowie mehrere nationale Parlamentarier teil. In seiner Rede nahm Bundesrat Röstli unsere Bedenken auf und teilte sie weitgehend.

* * * * *

Mit der Vernehmlassung zur Änderung des Kernenergiegesetzes (KEG) geben Sie uns die Möglichkeit, zum indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zur Volksinitiative „Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)“ konkret Stellung zu beziehen:

1. Die AVES Zug unterstützt den präsentierten Gegenvorschlag mit der Aufhebung des Neubauverbotes für neue Atomkraftwerke (Artikel 12) KEG vorbehaltlos.

Kurzbeurteilung: Nach Meinung der AVES Zug haben ideologisch motivierte Technologieverbote in der schweizerischen Energie-Gesetzgebung grundsätzlich nichts verloren. Der Staat ist nicht in der Lage, die kommenden Entwicklungen im Bereich der Technik im Allgemeinen und der Energiepolitik im Speziellen abzuschätzen. Unser Land muss deshalb für neue Entwicklungen stets offenbleiben.

* * * * *

2. Die AVES Zug bedauert allerdings die ablehnende Haltung des Bundesrates zur Volksinitiative „Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)“.

Kurzbeurteilung: Das Führungsversagen in der Stromwirtschaft tritt in den letzten Jahren immer deutlicher zutage. Wir verweisen auf folgende Punkte: Die Erhöhung der Strompreise um 50 – 100 %; die ungenügende Reservehaltung für die kritischen Wintermonate; die abnehmende Qualität der

Stromversorgung mit zunehmenden Stromausfällen; die exzessive, internationale Handelstätigkeit, die unsere Stromversorgung nicht stärkt, sondern zunehmend schwächt; die Notwendigkeit von finanziellen Auffangnetzen für die grossen schweizerischen Stromproduzenten etc. Die aufgezählten negativen Entwicklungen können die grossen Stromproduzenten (vorwiegend in kantonalem Eigentum) offensichtlich nicht mehr meistern. Dies war früher anders: Die grossen Stromproduzenten hatten in den sogenannten „10-Werke-Berichten“ jeweils die Strombedarfsentwicklung regelmässig evaluiert und die Stromproduktion auf eine „95-prozentige Winter-Stromversorgungssicherheit“ ausgerichtet d.h. in 19 von 20 Wintern war man nicht auf grössere Stromimporte angewiesen. Das in der Stromwirtschaft leider verloren gegangene **strikte Vorsorgeprinzip** muss deshalb auf Verfassungsebene verbindlich etabliert werden.

3. Dementsprechend bittet die AVES Zug den Bundesrat, zumindest die Zielsetzung der Volksinitiative „Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)“ ebenfalls zu unterstützen.

Kurzbegründung: Die *Volksinitiative „Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)“* lautet wie folgt:

Art. 89 Abs. 6 und 7 BV

⁶Die Stromversorgung muss jederzeit sichergestellt sein. Der Bund legt dafür die Verantwortlichkeiten fest.

⁷Die Stromproduktion hat umwelt- und klimaschonend zu erfolgen. Alle klimaschonenden Arten der Stromerzeugung sind zulässig.

Die AVES Zug ist der Meinung, dass sowohl aus versorgungspolitischer Optik (Abs. 6) wie auch aus umwelt- und klimapolitischer Optik (Abs. 7) diese Volksinitiative die richtige Ausrichtung für eine zukunftsweisende schweizerische Strompolitik umschreibt.

Mit dieser Initiative beabsichtigt das politisch breit abgestützte Initiativkomitee, die grösste Bedrohung von unserem Land fernzuhalten, nämlich eine längerdauernde Strommangellage (Bundesamt für Bevölkerungsschutz, BABS). Um dies zu erreichen, ist vor allem eine klare Festlegung der Verantwortlichkeiten/Zuständigkeiten erforderlich, was heute leider nicht gegeben ist.

* * * * *

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Aktion für vernünftige Energiepolitik der Schweiz
Regionalgruppe Zug (AVES Zug) – www.AVES.ch

Rudolf Balsiger,
Präsident AVES Zug
praesident@aves.ch

Philip C. Brunner
Vorstandsmitglied AVES Zug
philip.brunner@aves.ch